



Brüssel, 26. April 2006

Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

Alle Unregelmäßigkeiten bei Parlamentsgebäuden erneut prüfen
Stadt Straßburg muss Finanzierung ihrer angeblichen kostenlosen Leistungen für das Parlament (Fahrdienst) offen legen

"Es hat bereits in der Vergangenheit Hinweise auf Unregelmäßigkeiten bei den Parlamentsgebäuden in Straßburg und unklare Grundstückskosten beim Gebäudeerwerb gegeben. Dies muss jetzt im Licht der neuen Erkenntnisse nochmals geprüft werden", fordert die CDU-Europaabgeordnete und Haushaltskontrolleurin Inge Gräßle. Sie erwartet von der Parlamentsverwaltung, dass diese nach der Entdeckung der bislang angeblich unbekannten Miet- und Kaufsubventionen an die Stadt Straßburg mysteriöse Altfälle beim Gebäudekauf bzw. bei Vermietungen nochmals prüft. Gräßle erinnert an einen Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs beim Bau des Parlamentsgebäudes Louise Weiss in Straßburg aus dem Jahr 1995.

Damals hatte der Rechnungshof den Vertrag über die Anschaffung des Parlamentsneubaues in Straßburg (Gebäude Louise Weiss und Plenarsaal) geprüft und "unregelmäßige Umstände" festgestellt. Diskrepanzen gab es über den Kaufpreis des Grundstücks: Während der Rechnungshof von 130 Mio. Französischer Francs (FF) ausgeht (zu denen weitere 31 Mio. FF als Erschließungskosten treten), gab das Parlament nach seiner Stellungnahme 96 Mio. FF für das Grundstück und dessen Erschließung aus. "Der Rechnungshof hat aber klar gestellt, dass für das Grundstück, wenn die Stadt Straßburg es schon nicht für einen symbolischen Preis zur Verfügung gestellt hat, nach externen Gutachten höchstens 49 Mio. FF ausgegeben werden durften." Auch der Finanzkontrolleur des Parlaments habe dies damals moniert und dem Kaufvertrag die nach der damals geltenden Haushaltsordnung erforderliche Zustimmung verweigert. Ohne sie hätte der Vertrag gar nicht abgeschlossen werden dürfen.

Diese in der Schwebe gebliebenen Sachverhalte müssten nochmals aufgegriffen werden, fordert Gräßle. "Die damalige Begründung und das Vorgehen der Parlamentsverwaltung zeigten ein geringes Interesse an Aufklärung. Das darf sich heute keinesfalls wiederholen. Die Frage ist, ob es nicht unerschwerliche Abkommen zwischen der Parlamentsverwaltung und der Stadt Straßburg gegeben hat, sich über Mieten und Gebäudekauf den Aufwand zurückzuholen, den sie für das Parlament betreibt", so Gräßle. Bis jetzt sei man immer davon ausgegangen, dass etwa der Fahrdienst der Stadt Straßburg von deutschen Flughäfen (Stuttgart, Frankfurt, Hahn) zum Parlament "ein von ihr dem Parlament unentgeltlich zur Verfügung gestellter Service sei, den sie zur Sicherung des Parlamentssitzes betreibt". Jetzt muss die Stadt Straßburg auch sagen, wie sie dies finanziere.

Weitere Informationen: Büro Dr. Inge Gräßle, MdEP, Tel.: +32 2 28 47868